



Wolfgang Rhode

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai 2010

Wir gehen vor!

Gute Arbeit, Gerechte Löhne, Starker Sozialstaat

Kundgebung in Singen

Sperrfrist Redebeginn

1) Einleitung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Hier und heute geht es uns

- um sichere Arbeitsplätze und gute Einkommen für alle!
- um gute Arbeitsbedingungen - egal ob am Band oder im Büro.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land müssen wieder Vorrang haben.

Dazu brauchen wir einen Kurswechsel!

Einen Kurswechsel in den Unternehmen, einen Kurswechsel in der Politik!

Zu lange schienen Renditegier und Maximierungswahn alles zu bestimmen.

Überall auf dem Globus galt maximale Rendite alles – und gute Arbeit nichts.

Die Zeche mußten oft genug wir bezahlen!

Uns wurde erzählt: Wir sollten immer wettbewerbsfähiger werden.

Unterbietet Euch gegenseitig, so die Arbeitgeber an allen Orten.

Beschäftigte sollten ausgepresst werden wie Zitronen!

In Sekunden wurden auf den Finanzmärkten Milliarden verschoben.

Die ungezügelte Spekulation sollte die Wirtschaft nach vorn bringen.

Dann ist es anders gekommen - ganz anders!

Die Finanzmärkte sind vor zwei Jahren weltweit eingebrochen!

Die reale Wirtschaft, auch Industrieunternehmen aus der Region, wurden mit in den Abwärtsstrudel gerissen.

Der Zusammenbruch vieler Volkswirtschaften konnte nur mit milliardenschweren öffentlichen Rettungsprogrammen verhindert werden.

Was wurden daraus für Lehren gezogen? – Keine!

Die haben kurz gerufen: „Tut uns leid, soll nicht wieder vorkommen“.

Ich komme aus Frankfurt, der Stadt mit den großen Banktürmen.

Da ist zu sehen: Ackermann und Co. machen weiter, als wäre nichts gewesen!

Das lassen wir nicht durchgehen.

Meine Herren Banker, entschuldigen sie sich bei den Menschen für ihr Verhalten!

Die Verursacher des Finanzmarktcrash müssen für ihre Fehler endlich persönlich eintreten und ihren finanziellen Beitrag leisten.

Das sieht die Mehrheit in diesem Land so.

Die Bundesregierung will jetzt eine Bankenabgabe einführen.

Diese Abgabe soll jährlich eine Milliarde Euro einbringen!

Das hört sich gewaltig an; aber das Bankenrettungspaket hat 98 Mrd. Euro verschlungen.

Das heißt:

Den Banken wird fast 100 Jahre Zeit zu geben, damit sie das Geld zurückzahlen.

Das ist ein schlechter Witz!

Wir meinen, Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben.

Deshalb:

Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden.

Der Spitzensteuersatz muss erhöht werden.

Unternehmen und Banken müssen stärker besteuert werden.

Und auch die Steuerhinterzieher, die ihr Geld in die Schweiz und in die Karibik gebracht haben, müssen konsequent verfolgt werden.

Wir wollen, dass es anders wird!

Darum sind wir am 1. Mai auf der Straße, hier in Singen und auch noch an vielen tausend anderen Orten in Deutschland, Europa und der Welt!

Wir wollen ein Zeichen setzen. Deshalb sagen wir:

Wir gehen vor

- für Gute Arbeit für alle von uns.
- für Gerechte Löhne, die zum Leben reichen.
- für einen starken Sozialstaat, der schützt und unseren Kindern sozialen Aufstieg ermöglicht.

2) Krise, unsere Antworten für eine andere Politik und Wirtschaft

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wirtschaft hat eine rasante Talfahrt hinter sich.

Aufträge und Umsätze sind mit hohem Tempo in den Keller gerauscht.

Auch die UN-Finanzierung ist ein Problem.

Hunderttausende Arbeitsplätze sind immer noch akut gefährdet.

Sie müssen weiterhin gesichert und auch viele Unternehmen stabilisiert werden.

Dennoch angesichts der Ausgangslage haben wir tatsächlich ein kleines Beschäftigungswunder erlebt.

Zumindest ist die Arbeitslosigkeit nicht so angestiegen, wie befürchtet.

Dazu haben wir, aktive Gewerkschafter und Betriebsräte, durch unseren Einsatz großen Anteil.

Wir haben die Verbesserungen bei der Kurzarbeit durchgesetzt.

Wir haben Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung geschlossen.

Wir haben Druck gemacht, damit die Regierung die Konjunktur stützt, die Abwrackprämie haben wir auf die Tagesordnung gesetzt.

So konnten wir verhindern, dass es heute nicht noch mehr Arbeitslose gibt.

Wir wollen uns auf unseren Erfolgen nicht ausruhen!

Das dürfen wir auch nicht.

Wir fordern weiterhin:

- Keine Entlassungen in der Krise!
- Übernahme der Auszubildenden!
- Mehr Mitbestimmung und Wirtschaftdemokratie!

Wenn wir durch die Krise neue Chancen erhalten wollen, dann brauchen wir jetzt ein öffentliches Investitionsprogramm.

Es geht um mehr Investitionen in Bildung, in die öffentliche Infrastruktur und in soziale Einrichtungen.

Und vor allem brauchen wir Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Leiharbeit, Hungerlöhne, die Liste der Fehlentwicklungen ist lang.

„Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ – Das ist unsere Forderung zur Leiharbeit.

Eine Forderung, hinter die wir heute ein dickes Ausrufezeichen setzen!

Leiharbeit, das wissen wir alle, ist zu einem Freibrief geworden.

Ein Freibrief für skrupellose Unternehmen, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Hungerlöhnen abzuspeisen.

Ein Freibrief zum „heuern und zu feuern“!

Und wir alle sollten nicht vergessen:

Leiharbeit ist auch ein Drohbrief an die Stammebelegschaften:

Die Botschaft ist denkbar einfach: Seid Ihr nicht willig, dann tauschen wir Euch aus.

Davon träumen doch manche auf der andern Seite:

10 bis 20 - Prozent Stammebelegschaft und der Rest Leiharbeiter.

Das nennen sie flexibel, und es wird immer mehr Flexibilität gefordert.

Aber Flexibilität, die noch mehr zu Lasten der Beschäftigten geht, die Löhne drückt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert, die Rechte beschneidet – die machen wir nicht mit!

Jetzt gilt: Leiharbeit muss begrenzt und fair gestaltet werden.

Deshalb fordern wir von der Politik: Tut endlich was!

Gesetzlicher Mindestlohn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Westerwelle und Co beklagen immer, der Einkommensabstand zwischen Arbeitnehmern und Hartz IV-Beziehern sei verschwindend gering.

Da gibt es zwei Möglichkeiten, entweder sind die Sozialleistungen zu üppig oder die Löhne zu niedrig.

Wir meinen: Arbeit muss sich lohnen!

Und vor allem: Vom Lohn muss man leben können!

Für Millionen von Menschen sieht die Realität anders aus.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Niedriglöhner geradezu explodiert.

Über 6,5 Millionen Menschen in diesem Land beziehen Niedriglöhne.

Die Zahl der Aufstocker, also diejenigen, die zu ihrem Lohn noch ergänzend auf Sozialleistungen angewiesen sind, steigt immer weiter.

Arm trotz Arbeit, das ist ein millionenfacher Skandal!

Das ist ein Armutszeichen, in einem der reichsten Länder der Erde!

In 20 von 27 EU-Ländern gibt es gesetzliche Mindestlöhne, auch die USA haben eine solche Lohnuntergrenze.

Nur in Deutschland soll das nicht gehen, die Neoliberalen wettern pausenlos gegen den gesetzlichen Mindestlohn.

Zu behaupten, Arbeit lohne sich nicht und gleichzeitig Mindestlöhne blockieren, das ist heuchlerisch, das ist verlogen.

Ich sage: Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne!

Eine Regierung, die Niedriglöhne duldet

- beschädigt die Würde der Arbeit
- und belobigt durch Aufstockungsbeiträge Lohndumper.

Das ist der wirkliche Missbrauch staatlicher Leistungen.

Eine Regierung, die sich gegen Mindestlöhne stemmt, lässt Menschen mit schlechter Bezahlung im Stich!

Wir müssen endlich flächendeckend eine Lohnuntergrenze einziehen.

8,50 Euro in der Stunde, darunter soll in diesem Land kein Mensch arbeiten.

Nein zur Kopfpauschale

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland eine gute Gesundheitsversorgung bekommen können.

Auf der Regierungsbank wird in weiten Teilen auf die 2-Klassen-Medizin gesetzt.

Der Arbeitgeber-Beitrag soll begrenzt oder abgeschafft werden.

Sie werden sich aus der Verantwortung ziehen.

Die FDP will die Kopfpauschale einführen.

Ob arm, ob reich, alle sollen gleich viel in die Krankenkassen einzahlen.

Das ist ungerecht, unsozial und unsolidarisch.

Wir meinen, breite Schultern müssen mehr tragen.

Das ist ein Gebot der Solidarität und der Gerechtigkeit.

Wir setzen Köpfe gegen Kopfpauschale!

Notwendig ist eine Bürgerversicherung!

In die Krankenversicherung der Zukunft, die solidarisch ist, gehören alte herein.

Bildung und Ausbildung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Leben und dennoch ist unser Bildungssystem in einem schlechten Zustand.

Vor allem ist ungerecht. Es grenzt aus und fördert nicht.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Wir fordern gleiche und gute Ausbildungschancen für alle:

Wir fordern: Weg mit den Studiengebühren!

In der beruflichen Ausbildung sieht es nicht besser aus.

Der Mangel an Ausbildungsplätzen ist nicht behoben.

Es gibt viel zu wenig Ausbildungsplatz-Angebote.

Nur 24 Prozent der Betriebe bilden aus.

Wir brauchen einen „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“.

Alles andere ist Betrug an einer ganzen Generation.

Es ist absurd!

Auf der einen Seite wird auch von den Unternehmen vor einem drohenden Fachkräftemangel gewarnt.

Auf der anderen Seite wird zu wenig ausgebildet.

Wir brauchen eine Garantie - wenn es nicht anders geht, per Gesetz:

Jede und jeder Jugendliche, der will, muss einen Ausbildungsplatz erhalten!

Hier geht es um Lebenschancen.

Lebenschancen, die jedes Jahr mehr als hunderttausend Jugendlichen schlichtweg verweigert werden.

Viele von Euch werden entsprechende Beispiele aus dem Bekanntenkreis kennen.

Befristete Verträge sind fast schon zu Regel geworden.

Viele Jugendliche müssen zu Niedriglöhnen, befristet, als Praktikanten, in Zeitarbeit oder in Minijobs arbeiten.

Das wollen wir nicht hinnehmen, Jugendliche brauchen nach der Schule eine Perspektive!

Wir brauchen keine Rente mit 67, sondern Arbeitsplätze für die Jungen.

Gerechte Steuerpolitik, damit der Staat handeln kann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich weiß nicht, ob ihr Euch noch an Neujahr, den 01.01.2010 erinnert.

Die Hoteliers werden es ganz sicher tun.

Von Merkel, Westerwelle und Seehofer haben sie zu Jahresbeginn ein dickes Steuergeschenk bekommen.

Der CDU-/FDP-Klientel wurde insgesamt eine spendable Neujahrsgabe in Höhe von 25 Mrd. Euro gereicht!

Wer freut sich nicht über Steuergeschenke?

Aber die Logik ist ja leider: Was den einen gegeben wird, muss den anderen genommen werden.

Nun wird in der Regierung wird schon wieder über Steuergeschenke phantasiert.

Dabei sind die öffentlichen Kassen leer!

Schuld daran ist nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Entgegen allen Unkenrufen der Neoliberalen:

Die deutsche Steuerquote liegt unter dem EU-Durchschnitt.

Davon profitieren nicht die Beschäftigten und die Rentner.

Sie tragen über die Einkommens- und Verbrauchssteuern den Großteil der Steuerlast.

Vermögende und Superreiche wurden hingegen immer weiter entlastet.

Wir haben ein Problem auf Einnahmeseite, weil die Politik das obere Drittel schonen will.

Die Auswirkungen bekommen wir alle schon jetzt zu spüren.

Steuerentlastung für die einen, die anderen werden auf harte Zeiten eingeschworen, der Rotstift wird gezückt.

Dem Öffentliche Dienst, der Daseinsvorsorge und den Rentnern drohen Kürzungen.

Theater, Hallenbäder und Büchereien stehen vor dem Aus.

Auch für Kindergärten und Horte sieht es nicht gut aus.

Es herrscht doch heute schon in weiten Teilen Personalnotstand:

Denkt an Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Kitas, Schulen und auch an die Justiz und die Polizei.

Um einen Notstand vieler öffentlicher Einrichtungen abzuwehren, brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik.

Wir brauchen die Vermögenssteuer.

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, einen Sozialstaat

Wir brauchen eine sozial gerechte Steuerpolitik.

3) Nein zu Atom, Ja zu erneuerbaren Energien!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wettervorhersage für den 1. Mai in Singen ist durchwachsen gewesen, das Wetter ist heute _____

Über Singen lacht heute zwar nicht die Sonne.

Die Sonne hat uns doch mehr zu bieten, als viele von uns bisher dachten.

Nein zur Atomenergie, Ja zu erneuerbaren Energien!

Keine Laufzeitverlängerung für die AKWs.

Diese Forderungen haben am letzten Samstag im Norden 120.000 Menschen auf die Straße gebracht.

In einer 120 Kilometer langen Menschenkette rund um Hamburg haben die Menschen deutlich gemacht: Sie wollen keine Atomenergie.

Wir wollen diese Form der Energieerzeugung nicht, weil sie nicht verantwortbar ist.

Es gibt Alternativen, die auch zeitnah möglich sind!

Es gibt keine Argumente für eine Rolle Rückwärts in der Energiepolitik.

Es sind nicht nur die ungelöste Endlagerung oder die leckenden Fässer mit Atom Müll, die gegen die Atomkraft sprechen.

Auch wirtschaftlich spricht viel gegen diese veraltete Technik.

Aus Sicht der IG Metall sind wir auf eine funktionierende und leistungsfähige Energieversorgung angewiesen.

Wir sind Industriegewerkschaft, wissen wovon wir reden!

Ohne Strom können wir in den Fabriken schlichtweg nichts produzieren.

Ohne eine leistungsfähige Energieversorgung wären Millionen von Arbeitsplätzen bedroht.

Das wollen wir nicht!

Wir wollen gute Arbeit und anständige Löhne, weil nur so gutes Leben möglich ist.

Nur brauchen wir dazu keine Atomenergie.

Ein solches Märchen lassen wir uns nicht erzählen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir setzen vor allem auf den Ausbau erneuerbarer Energien.

Wir setzen auch auf hocheffiziente und CO2-arme Kraftwerke sowie auf eine effiziente Netzleittechnik.

Auch müssen wir mehr machen in Sachen energiesparende Technologien, das fängt bei Maschinen an und reicht über das Auto bis hin zu Haushaltsgeräten.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben das Können und Wissen, um das alles hinzukriegen.

Die Wende bekommen wir nur mit dem Ausstieg hin.

Werden die Laufzeiten verlängert, dann bleibt es wie es ist.

Das wäre für die AKW-Betreiber eine Lizenz zum Gelddrucken!

Das ist der falsche Weg.

Wir brauchen den ökologischen Umbau.

Das ist gut für die Arbeitsplätze und gut für die Umwelt.

4) Gegen Faschismus, NPD-Verbot jetzt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch ein anderes Thema möchte ich ansprechen, es geht um den Kampf gegen Rechts.

2009 wurden mehr als 14.000 rechtsextremen Straftaten gezählt.

Diese Statistik macht deutlich, warum ein klares Zeichen gegen Rechts gebraucht wird.

Hinter jeder Zahl in einer Statistik steckt ein Gesicht.

Letztes Jahr haben Neonazis unsere DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Dortmund angegriffen.

Ihr alle habt davon gehört.

Dieser Angriff von Dortmund zeigt die große Gefahr und die radikale Gewaltbereitschaft der Neonazis.

Auch dieses Jahr wollen die Neonazis am 1. Mai wieder marschieren.

Wir sagen, dagegen muss etwas getan werden!

Wir fordern das Verbot der NPD und auch anderer rechtsextremistische Organisationen!

Dafür gibt es gute Gründe!

Die NPD ist rassistisch, antisemitisch und demokratiefeindlich!

Ich bin überzeugt, ein Verbot der NPD bringt uns im Kampf gegen Rechts weiter.

Doch wir müssen auch mehr tun.

Immer wenn Neonazis ihren Hass auf die Straße tragen wollen, müssen wir deutlich machen: Nicht mit uns!

NPD und Co. missbrauchen das Demonstrationsrecht, wenn sie ihre Ausländer- und Demokratiefeindlichkeit öffentlich zur Schau stellen.

Wir fordern die Verwaltungen der betroffenen Städte auf, mit allen Mitteln dagegen vorzugehen.

Ja, es ist immer eine juristisch harte Auseinandersetzung.

Es kommt auf die Botschaft an:

Wir werden niemals zuschauen, wenn Neonazis aktiv werden.

Wichtig ist, in den jeweiligen Städten ein breites Bündnis zu gründen, um gegen den brauchen Spuck mobil zu machen.

Mitmachen müssen Gewerkschaften, Kirchen, alle Parteien und auch die Wohlfahrtsverbände.

Es muss deutlich werden, die Bekämpfung von Rassismus ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Wir müssen den Kampf gegen Rechts aufnehmen.

5) Schluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der erste Mai ist der Tag der internationalen Solidarität.

Hier in Singen sehe ich viele Stände von ausländischen Kolleginnen und Kollegen, es gibt in der IG Metall einen aktiven Migrationsausschuss.

Wir sind überzeugt: Egal aus welchem Land wir kommen, egal in welchem Land wir wohnen.

Wir wollen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit auf der Welt.

Das Elend und die Armut auf der Welt sind erschreckend, der Reichtum gleichzeitig unermesslich.

Während Zehn Prozent der Welt-Bevölkerung über 80 Prozent besitzen, haben hunderte von Millionen Menschen nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Millionen schuften sich kaputt. Millionäre leben in Saus und Braus.

Das wollen wir nicht, wir wollen eine faire Verteilung auf unserer Erde.

Wir wollen ein soziales Europa und Gerechtigkeit auf der Welt.

Kriege müssen weltweit geächtet werden, die zivile Konfliktlösung muss gestärkt werden.

Auch dafür müssen wir uns einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir gehen vor!

Gute Arbeit, Gerechte Löhne, Starker Sozialstaat!!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit -. Das muss für alle gelten.

Geeint für soziale Gerechtigkeit streiten, darum geht es uns.

Dafür lohnt es sich gemeinsam zu kämpfen.

Als Gewerkschafter, als Betriebsräte, als Vertrauensleute.

Heute, Morgen und auch Übermorgen.

Euch allen einen schönes 1. Mai!